

# Die Schulgebäude für Unterrichtszwecke!

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachten die Abgeordneten **S i d e l, S t a r e t** und Genossen an den Unterrichtsminister folgende Interpellation ein:

Am 15. Juni d. J. brachten die Unterzeichneten eine Interpellation an den damaligen Unterrichtsminister **H u s s a r e l** ein, in der mit allem Nachdruck verlangt wurde, daß die Schulen, die für militärische Zwecke verwendet werden, mit Beginn des neuen Schuljahres ihrem eigentlichen Zwecke, dem Schulbetrieb, zugeführt werden sollen. Es wurde darauf verwiesen, daß keine Zeit verloren gehen dürfe, damit die notwendigen Räumungs- und Wiederherstellungsarbeiten so durchgeführt werden können, um den Unterricht in diesen Räumen im September dieses Jahres beginnen zu können.

Die außerordentliche Wichtigkeit dieser Angelegenheit kann wohl selbst von dem Unterrichtsministerium nicht bezweifelt werden. Die zunehmende Verwahrlosung und Verrohung unserer Jugend, die sich wohl zunächst am empfindlichsten an den armen Kindern rächen wird, die aber eine Schande für jene Faktoren ist, die für die Erziehung der heranwachsenden Generation die Verantwortung zu tragen haben, ist bereits zu einer großen Gefahr geworden. Wesentlich dazu die unglückselige Verfügung bei, die Schulräumlichkeiten für Heereszwecke bereitstellte. Wenn dies vielleicht in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch nicht zu ungeheuer gewesen war, heute, nach mehr als drei Jahren, bedeutet dieser Zustand eine sträfliche Nachlässigkeit der Unterrichtsverwaltung in Erfüllung ihrer Pflicht, denn niemand kann, ohne sich lächerlich zu machen, behaupten, daß nicht genug Räumlichkeiten, die Luxusbedürfnissen dienen, zur Verfügung stehen würden, wenn man nur den Mut aufbrächte, den Schlossbesitzern beizubringen, daß schließlich auch sie sich einige Einschränkungen in ihrem Wohlleben gefallen lassen müssen, wo andere die Gesundheit und die sittliche Wohlfahrt ihrer Kinder in Gefahr sehen. Jedenfalls wäre es mäßig gewesen, durch Ausführung von Baracken einen viel zweckentprechenderen Ersatz für die Schulgebäude zu finden. Die Interpellation wurde bis zum heutigen Tage von dem Herrn Unterrichtsminister für nicht so wichtig befunden, um von ihm beantwortet zu werden. Der zufällige Umstand, daß in der Leitung des Unterrichtsministeriums ein Personenwechsel stattgefunden hat, ist kein stichhaltiger Grund für die Unterlassung einer Antwort, die nicht nur für die unterzeichneten Abgeordneten, sondern insbesondere für Hunderttausende besorgter Eltern von ganz besonderer Bedeutung ist.

Aus zufälligen Mitteilungen ist zu entnehmen, daß ein kleiner Teil der Schulen — in Wien etwa ein Drittel — nunmehr dem Unterrichtsbetrieb zugeführt werden soll. Diese Maßnahme ist völlig unzulänglich und fordert daher zum härtesten Angriff heraus. Nur völlige Verständnislosigkeit und unbegreiflicher Leichtsinns können die Ursache sein, daß das Unterrichtsministerium nicht alle Schulen ihrem Zwecke zurückgibt, wenn man nicht annehmen will, daß eine unvorzeihliche Schwäche gegenüber der Heeresverwaltung das Unterrichtsministerium bei seinem Vorgehen geleitet hat. Dazu kommt noch, daß die Verfügung so spät hinausgegeben wurde, daß zu Beginn des Schuljahres auch die zur Räumung bestimmten Schulen noch lange nicht für Unterrichtszwecke brauchbar sind. Bei dem jetzt herrschenden Mangel an Arbeitskräften wäre es notwendig gewesen, die Verfügungen sofort nach Einbringung der Interpellation zu treffen. Dadurch wäre dann vermieden worden, daß die freigegebenen Schulgebäude zum Teil erst nach Weihnachten benützlich sein werden. Die Folge davon ist, daß der Unterrichtsbetrieb in der doppelten Anzahl der freigegebenen Schulen eine außerordentliche Störung erfahren muß, daß die Kinder abermals empfindlich geschädigt werden, da naturgemäß der Unterrichtserfolg dadurch außerordentlich leidet.

Die Unterzeichneten fordern den Unterrichtsminister abermals mit allem Nachdruck auf, endlich in Erfüllung seiner Pflicht die sofortige Räumung aller Schulgebäude, die für militärische Zwecke mißbraucht werden, zu veranlassen. Sie werden immer wieder auf diese verhängnisvolle Unterlassungssünde der Unterrichtsverwaltung mit aller Entschiedenheit hinweisen, so daß es für die Dauer doch nicht rätlich sein dürfte, den Versuch zu unternehmen, diese Angelegenheit totzuschweigen.

Die Unterzeichneten richten daher an den Unterrichtsminister abermals die Anfrage: Ist ihm bekannt, daß noch immer ohne Not viele Hunderte von Schulen ihrem eigentlichen Zwecke entzogen werden? Ist der Unterrichtsminister entschlossen, mit allem Nachdruck darauf zu bringen, daß mit den Räumungs- und Wiederherstellungsarbeiten in den Schulen sofort begonnen wird? Ist der Unterrichtsminister bereit, endlich mitzuteilen, wie viele Schulen seit Kriegsbeginn für militärische und sanitäre Zwecke verwendet wurden und wie viele Schulen im Laufe des Krieges ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zugeführt wurden? Ist der Minister bereit, mitzuteilen, ob und welche Stellen sich bei Zurückgabe der Schulen widersehen?